



Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infra-
struktur und Medien
Herrn Alexander Fuhr, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

18/5161

VORLAGE

DER MINISTER

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

19. Januar 2024

Mein Aktenzeichen PuK	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail Dagmar Rhein-Schwabenbauer Rhein-Schwabenbauer@mastd.rlp.de	Telefon / Fax 06131 16-2415
---------------------------------	--------------------------	---	---------------------------------------

23. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 11. Januar 2024

hier: TOP 13

Beitritt Rheinland-Pfalz - Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) GmbH“

Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/4998

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fuhr,

in der 23. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 11. Januar 2024 wurde der oben genannte Tagesordnungspunkt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Die zunehmende Digitalisierung verändert jeden unserer Lebensbereiche. Dies betrifft natürlich auch den Bereich der Arbeit und damit auch das Arbeiten in der Öffentlichen Verwaltung selbst. Mit der zunehmenden Digitalisierung steigt auch die Bedeutung der zugrundeliegenden IT-Infrastruktur - seien es die zugrundeliegenden Netze, die eingesetzte Hardware oder die genutzte Software.

Schon seit einigen Jahren wird hier auch die Gefahr einer Abhängigkeit von IT-Anbietern gesehen.



Die Digitale Souveränität, das heißt, die Fähigkeiten und Möglichkeiten auch der Öffentlichen Verwaltung, ihre Rolle(n) in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben zu können, gilt es in diesem Kontext zu wahren und zu stärken. Bund, Länder und Kommunen haben sich hier bereits auf eine enge Zusammenarbeit verständigt und gemeinsam eine Strategie zur Stärkung der Digitalen Souveränität für die IT der Öffentlichen Verwaltung mit mehreren Maßnahmen erarbeitet.

Der Einsatz von Open Source Software wird als ein wichtiges Element zur Stärkung der Digitalen Souveränität gesehen. Open Source Software zeichnet sich durch die Einsehbarkeit und Veränderbarkeit des zugrundeliegenden Quellcodes aus. Eine wichtige Maßnahme der erarbeiteten Strategie zur Stärkung der Digitalen Souveränität ist daher auch die Etablierung einer zentralen, koordinierenden Stelle zur Förderung von Open Source Software in der Öffentlichen Verwaltung.

Mit dem Einsatz von Open Source Lösungen entstehen aber auch neue Herausforderungen. So kann beispielsweise die Einbindung der Lösung in die bestehende Software-Landschaft mit einem großen finanziellen Aufwand verbunden sein. Ist eine Software erfolgreich eingeführt, kann bei proprietären IT-Lösungen meist auf umfassende, langfristige Service- und Supportvereinbarungen seitens der Hersteller zurückgegriffen werden. Dies ist bei dem Einsatz von Open Source Lösungen nicht immer gewährleistet. Auch der Ansprechpartner ist bei Open Source Lösungen nicht immer bekannt.

Mit dem Aufbau eines Zentrums für Digitale Souveränität (kurz: ZenDiS) soll daher für Bundesressorts, Bundesländer, Kommunen, Beschaffungsorganisationen und IT-Dienstleister, eine zentrale Stelle geschaffen werden, die die Koordination und Förderung von Open Source Lösungen übernimmt und damit auch den genannten Herausforderungen entgegenwirkt. Über die Arbeitsgruppe „Cloud Computing und Digitale Souveränität“ war auch Rheinland-Pfalz bei der Entwicklung des Organisationskonzeptes von ZenDiS eingebunden. Auch wir sehen die grundsätzliche Notwendigkeit zur Etablierung einer zentralen, koordinierenden Stelle zur Förderung von Open Source Software. Zudem verfolgt auch Rheinland-Pfalz das Ziel des verstärkten Einsatzes von Open Source Software. Mit einer zentralen Organisation können Synergieeffekte gehoben werden, die für eine nachhaltige Einführung von Open Source Lösungen besonders wichtig sind.



Vor einem Beitritt müssen jedoch noch offene - auch rechtliche - Fragen geklärt werden. Dazu wurde am 21. Dezember 2023 ein erstes Gespräch mit dem Geschäftsführer der ZenDiS GmbH geführt. Eine Beauftragung der ZenDiS GmbH sieht ein direktes Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnis zwischen Land und ZenDiS vor. So ist ein einfacher und vergaberechtskonformer Weg über eine klassische Inhouse-Beauftragung möglich. Eventuelle Aufträge seitens Rheinland-Pfalz sind derzeit zu unkonkret und besitzen daher noch keine Etatreife, so dass aktuell keine Mittel für diese Thematik in der Haushaltsaufstellung eingeplant sind. In Zukunft ist jedoch auch über konkrete Open Source Projekte mit einer Gegenfinanzierung zu rechnen, da es auch darum geht, bestehende Lösungen zu ersetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schweitzer